



Versorgungsstrukturgesetz – Jubelstimmung verfrüht

Jürgen Pischel spricht Klartext



Was haben die KZBV-Spitzenfunktionäre nicht schon alles an Jubelchören angestimmt, nachdem das Bundesgesundheitsministerium den Versorgungsstrukturgesetz-Entwurf vorgelegt hatte. Die Budgetierung der BEMA-Honorare sollte 2013 endgültig gefallen sein, Kassen und KZVen wieder mehr Autonomie auf regionaler Ebene für Vertragsverhandlungen haben und die Entscheidungsstrukturen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) den Zahnärztervertretern mehr Raum gewähren. Statt Kostendämpfung, so die KZBV, habe das FDP-BMG nun endlich eine Strukturreform in Angriff genommen.

Viel an Kleingedrucktem wird verschwiegen. Zum Beispiel, dass wohl pro Jahr eine Überschreitung des vorgesehenen Budgets (Gesamtvergütung) möglich ist, aber im Folgejahr muss ein Ausgleich erfolgen. Das hatten wir alles bereits im Rahmen des Fortschreitens der Kostendämpfungspolitik. Die Beitragssatzstabilität bleibt im Grundsatz bestehen, sie soll nur künftig gleichwertig neben weiteren Kriterien wie Zahl und Struktur der Versicherten, die Morbiditätsentwicklung und die Kosten- und Versorgungsstruktur stehen.

Nun griff auch noch der Finanzminister ein und befürchtet erhebliche Kostensteigerungen bei den Zahnärzten. Schäuble hat insofern großen Einfluss, als er ja aus dem Bundeshaushalt gefordert ist, Defizite der Kassen auszugleichen und die bisherigen Milliardenzuschüsse zurückfahren möchte. Bei den Ärzten – für sie ist das Gesetz eigentlich vorgesehen – fordert er, dass es nicht nur Zuschläge für Ärzte in unterversorgten Gebieten geben dürfe, sondern auch Honorarabschläge in überversorgten Gebieten. Diese sind bislang nicht vorgesehen. Durch solche Abschläge sei nach Meinung des BMF das Niederlassungsverhalten am effektivsten zu steuern.

Das Grundprinzip heißt also weiterhin in der schwarz-gelben Regierung, Steuerung über weniger und nicht mehr Geld. Übrigens: Auch nicht durchsetzen konnte die KZBV die direkte Angleichung der Ost-Honorare an das Westniveau.

Die Krankenkassen sind gespalten. Bei den Ersatzkassen wäre man geneigt, das teilweise Fallen der Budgetierung hinzunehmen, die AOKen wehren sich vehement. 2011 werde der Gesundheitsfonds einen Überschuss ausweisen, aber ab 2012 – bei sinkenden Finanzzuschüssen aus dem Bundeshaushalt – erwarten die Kassen wieder hohe Defizite. Damit wird auch aus der Arbeitgeberforderung, die Kassenbeiträge abzusenken, nichts werden, und mit wieder wachsenden Defizitproblemen wird man auch die strikte Budgetierung wieder ins Spiel bringen. Trotz Wahljahr 2013 ist eher zu befürchten, dies aufgrund der rot-grünen Bundesratsmehrheit, dass wenig aus zusätzlichen Honoraren für die Zahnärzteschaft herauskommt. Gott sei Dank lässt die Zahngesundheitsversorgung breite Räume für Privatvereinbarungen, die genutzt sein wollen,

toi, toi, toi, Ihr J. Pischel

Panikmache zu GOZ-Honorarsteigerungen

Kosten für Kunststoff-Füllungen, Kronen und Brücken steigen.



BONN/KREMS (jp) – Der PKV-Verband warnt davor, dass die „GOZ Neu“, wie vom BMG als Referentenentwurf vorgelegt, den Zahnärzten nicht nur 6 Prozent mehr Honorar beschere, sondern

mindestens 14 Prozent. Laut Kritik aus den GKVen drohen bei Kronen 74 Euro mehr an Kosten für die Patienten. Die BZÄK sieht „Panikmache“ in den PKV- und GKV-Behauptungen.

Der stellvertretende Vorsitzende des GKV-Verbandes Dr. Johannes Magnus von Stackelberg erklärte gegenüber der dpa: „Bleibt es bei der geplanten Erhöhung der fürs Honorar maßgeblichen Punktzahl einzelner Behandlungen, werden insbesondere Kunststoff-Füllungen, Kronen und Brücken überproportional teurer. So steigt etwa der Preis für eine Krone um 29 Prozent. Das dürfen wir doch im Interesse unserer gesetzlich Versicherten nicht einfach so hinnehmen.“

Stackelberg: „Immer öfter erhalten Patienten beim Zahnarzt Leistungen, die sie aufgrund gesetzlicher Vorgaben aus der eigenen Tasche und damit nach der Gebührenordnung bezahlen müssen.“

Gerade Kunststoff-Füllungen, Brücken oder Kronen stehen bei Patienten hoch im Kurs. Wenn die geplante Punktzahlsteigerung kommt, heißt das, es wird deutlich teurer. Die Vollkrone würde künftig rund 74 Euro mehr kosten. Für eine besondere Form wie die Teleskopkrone müsste man künftig dann schon fast das Doppelte bezahlen, nämlich mehr als 230 Euro zusätzlich zum heutigen Preis.“

Die Krankenkassen fordern eine Rücknahme der Neubewertungen in der GOZ-Novellierung. Der PKV-Verband kritisiert weiterhin, dass es „keinerlei Öffnungsklausel“ gebe. „Nach der GOZ würden die Leistungen für Privatpatienten damit weiterhin nach einem starren Schema abgerechnet – und Zahnärzten weiter ein konstant hohes Einkommen garantiert.“

Die BZÄK wendet sich gegen die Stackelberg- und PKV-Behauptungen zur Kostenbelastung durch die GOZ-Novellierung. „Die verbreiteten Zahlen zur Kostenbelastung der Bevölkerung sind irreführend und rein politisch motiviert“, stellt der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, fest. Einzelne Zahlen willkürlich aus dem Gesamtzusammenhang zu reißen und wider besseren Wissens zu verwenden ist in höchstem Maße unseriös. **DI**



Foto: Lev Dolgachov

KZBV-Verwaltungssitz bleibt in Köln

Lobby- und Pressearbeit in „repräsentativen Räumlichkeiten“ zentral in Berlin vereinigt.

BONN/KREMS (jp) – „Im Hinblick auf einen sich bereits heute abzeichnenden Regierungswechsel Ende 2013/Anfang 2014 muss gewährleistet sein, dass die KZBV handlungsfähig ist, um den erfahrungsgemäß als erstes im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik angestrebten Reformen wirksam entgegenzutreten zu können“, erklärte der für die Verwaltung verantwortliche KZBV-Vorstand Dr. Buchholz auf der Vertreterversammlung der KZBV in Hamburg. Er schloss aus den bisherigen Verhältnissen, dass die Vertretung der Kassenzahnärzte in Berlin „optimal verankert“ sei und

eine Verlagerung des Verwaltungssitzes weg von Köln überflüssig.

2006 hatte die KZBV-VV noch beschlossen, mit Sitz und der gesamten Verwaltung von Köln nach Berlin umzuziehen, um in der Politik volle Power einbringen zu können sowie für den Vorstand nicht zwei Amtssitze organisieren zu müssen und die Reisekosten einschränken zu können. Nun ist es nach VV-Erkenntnis „vollkommen ausreichend“, wenn die gesamte Presse-

und Öffentlichkeitsarbeit, das Lobby-Büro, die ZM-Redaktion und nun auch zusätzlich noch die Abteilung Koordination G-BA (Gemeinsamer Bundesausschuss) in Berlin in „repräsentativen Räumlichkeiten“ mit „optimalen Tagungsstrukturen“ vereinigt sei. Und die wichtigste Funktionärsdarstellung gegenüber der VV: „Der Vorstand sei sowieso in Berlin.“

Keinesfalls soll der „Rechtssitz“ der KZBV nach Berlin verlegt werden. Im Falle der Verlegung wäre für Rechtsstreitigkeiten nicht mehr Köln, sondern das Sozialgericht Berlin zuständig, wo schon die Ärzte und andere Organisationen im Gesundheitswesen mit ihren Urteilen anhängig seien. Entscheidungen aus der Berliner Szene könnten auf die Zahnärzte abfärben. Gott behüte, so die KZBV-Führung, dann lieber in Köln bleiben.

Übrigens, woher der KZBV-Vorstand die Eingebung hat, die nächste Bundestagswahl sei für schwarz-gelb bereits verloren, es käme etwas rot-grünes – unter welcher Dominanz auch immer – auf uns zu und deshalb bleibe man mit der Verwaltung lieber in Köln, sei dahingestellt. Aber sicher interessieren wird es den neuen FDP-Gesundheitsminister Bahr schon sehr, dass KZBV-Spitzenfunktionäre für ihn nur eine sehr begrenzte Amtszeit und schon gar keine zweite sehen. **DI**



KZBV-Vorstand Dr. Günther E. Buchholz



Foto: SV Luma

ANZEIGE

Entsorgung von dentalen Abfällen

Sie haben es in der Hand!

Umweltgerechte Entsorgung hat einen Namen: enretec.

Kostenfreie Servicehotline: **0800 367 38 32** www.enretec.de

<p>DENTAL TRIBUNE</p> <p>IMPRESSUM</p> <p>Verlag Oemus Media AG Holbeinstraße 29, 04229 Leipzig Tel.: 0341 48474-0 Fax: 0341 48474-290 kontakt@oemus-media.de www.oemus.com</p> <p>Verleger Torsten R. Oemus</p> <p>Verlagsleitung Ingolf Döbbecke Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller</p>	<p>Chefredaktion Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner (ji), Vi.S.d.P. isbaner@oemus-media.de</p> <p>Redaktionsleitung Jeannette Enders (je), M.A. j.enders@oemus-media.de</p> <p>Korrespondent Gesundheitspolitik Jürgen Pischel (jp) info@dp-uni.ac.at</p> <p>Anzeigenverkauf Verkaufsleitung Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller hiller@oemus-media.de</p> <p>Verkauf Nadine Naumann n.naumann@oemus-media.de</p>	<p>Produktionsleitung Gernot Meyer meyer@oemus-media.de</p> <p>Anzeigendisposition Marius Mezger m.mezger@oemus-media.de</p> <p>Bob Schliebe b.schliebe@oemus-media.de</p> <p>Lysann Reichardt l.reichardt@oemus-media.de</p> <p>Layout/Satz Franziska Dachsels</p> <p>Lektorat Hans Motschmann h.motschmann@oemus-media.de</p>
---	--	---

Erscheinungsweise
Dental Tribune German Edition erscheint 2011 mit 10 Ausgaben, es gilt die Preisliste Nr. 2 vom 1.1.2011. Es gelten die AGB.

Druckerei
Vogel Druck und Medienservice GmbH, Leibnizstraße 5, 97204 Höchberg

Verlags- und Urheberrecht
Dental Tribune German Edition ist ein eigenständiges redaktionelles Publikationsorgan der Oemus Media AG. Die Zeitschrift und die enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt besonders für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Bei Einsendungen an die Redaktion wird das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern nichts anderes vermerkt ist. Mit Einsendung des Manuskriptes geht das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mit anderen als den redaktionseigenen Signa oder mit Verfasseramen gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung der Verfasser wieder, welche der Meinung der Redaktion nicht zu entsprechen braucht. Der Autor des Beitrages trägt die Verantwortung. Gekennzeichnete Sonderteile und Anzeigen befinden sich außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Für Verbands-, Unternehmens- und Marktinformationen kann keine Gewähr übernommen werden. Eine Haftung für Folgen aus unrichtigen oder fehlerhaften Darstellungen wird in jedem Falle ausgeschlossen. Gerichtsstand ist Leipzig.

Alle mit Symbolen gekennzeichneten Beiträge sind in der E-Paper-Version der jeweiligen Publikation auf www.zwp-online.info mit weiterführenden Informationen vernetzt.

